

## **Machtbildungschancen im Globalisierungsprozeß\***

---

Prof. Dr. Hermann Schwengel, geb. 1949 in Rahden/Westf., Studium der Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften in Konstanz, Marburg und Zürich, lehrt Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist Direktor des dortigen Instituts für Soziologie. .-...-

In den öffentlichen Meinungen entsteht manchmal der Eindruck, daß die Globalisierung der Finanz-, Dienstleistungs- und Gütermärkte, der Medien und Technologien so etwas wie einen endgültigen Sieg des Kapitals gegenüber Arbeit und Gesellschaft darstellt. Der amerikanische Kolumnist William Pfaff hat geschrieben, daß Arbeit als knappe und mächtige Ressource in den Zentren wie in den Schwellenländern, in den hochtechnologischen wie in den klassischen industriellen Sektoren ausgedient habe. Diese Analyse wird dann umgekehrt von der Kritik gern als rhetorische Waffe im Verteilungskampf und im Standortwettbewerb entlarvt, das Eindringen der Globalisierung in die tiefen Schichten von Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur bezweifelt und zur Verteidigung der sozialen Ökonomie aufgerufen. Den klassischen kollektiven Akteuren der Industriegesellschaft soll nur die Alternative zwischen intelligenter Anpassung und robuster, aber aussichtsloser Verteidigung mühsam erworbener Positionen bleiben. Aber diese Betrachtungsweise hält nüchterner Analyse nicht stand. Vor allem aber verstellt sie den Blick dafür, daß mit dem Prozeß der Globalisierung zwar bestimmte Machtchancen kollektiver Akteure schwinden, aber auch neue Machtbildungschancen entstehen.

\* Der Beitrag von Hermann Schwengel sowie die nachfolgenden Überlegungen von Peter Noller, Helmuth Berking und Claus Koch waren Grundlage des von DGB-Bundesvorstand veranstalteten Workshops „Gesellschaftliche Modernisierung und Macht. Perspektiven gewerkschaftlicher Politik“ am 9. Juli 1996 in Düsseldorf.

### Internationalisierung und Globalisierung

In der Debatte um die Reichweite der Globalisierung wird diese in der Regel nicht deutlich genug von Internationalisierung unterschieden. Für beide, Internationalisierung wie Globalisierung, gilt zunächst, daß es in ihnen Tendenzen zur Homogenisierung und Heterogenisierung zugleich gibt. Bereits der Aufstieg des Nationalstaates als weltweite Norm mit „standardisierten“ Bürgern ohne ernsthaft konkurrierende alternative politische Loyalitäten, die Schaffung einheitlicher Staats- und Bildungsapparate geht mit der Erweckung ethno-kultureller Milieus und Bewegungen einher. Gerade dadurch, daß sich Gesellschaften als Staaten in einem internationalen System situieren, provozieren sie die Entwicklung ethno-kultureller Zwischen- und Gegenwelten. Homogenisierungs- und Heterogenisierungstendenzen modellieren sich auf vielfältige Art und Weise. Es gab auch bereits unter den Bedingungen der Internationalisierung wachsende Verflechtung durch Handel und Verkehr, Kultur und Medien. Die tragende wirtschafts- und sozialpolitische, legitimatorische und motivierende Rolle der Beziehung von Staat und Gesellschaft stand jedoch nicht zur Debatte. Genau das aber geschieht mit dem Globalisierungsprozeß, nicht allein als Folge der Herausforderung durch konkurrierende politische Ökonomien und Herrschaftsverbände, sondern durch die Folgen der Verflechtung von Geld und Technologie, Märkten, Information und Medien in die Lebenswelt. Noch bis zum Beginn der siebziger Jahre, vor der Auflösung des alten Währungssystems der Nachkriegszeit und der Ölpreiskrise konnte man eher von Internationalisierung als von Globalisierung sprechen. Danach begannen sich die Gewichte zu verschieben, obwohl beide Prozesse weiterhin parallel verlaufen.

In eben diesen frühen siebziger Jahren ist sehr viel über die Krise des kapitalistischen Staates, der zwischen seinen Funktionen der Akkumulationsförderung und Legitimationsbeschaffung zerrieben werde, deshalb Finanzkrisen produziere und in die Unregierbarkeit gleite, diskutiert worden. Für den Fall der erfolgreichen Vermittlung von Akkumulation und Legitimation konnte man dann umgekehrt dauerhafte Stabilität des demokratischen Kapitalismus erwarten. In beiden Diagnosen aber war vorausgesetzt, daß die Vermittlung ökonomischer Rationalität und politischer Legitimation auf demselben Niveau vor sich gehe. Unter den Bedingungen der Globalisierung ist es aber so, daß die Sicherung der Akkumulationsbedingungen auf dem Feld globaler Märktewirtschaften erfolgen muß, während die Legitimation nach wie vor im Rahmen von Staat und Gesellschaft zu erbringen ist. Es mag möglich sein, die Legitimationsbasis zu erweitern und die bestehenden Legitimationspotentiale immer mehr auszureizen - bis zu einer gewissen Grenze. Danach schlagen normale Auseinandersetzungen in diffuse Globalisierungskonflikte um, für die es weder klare Regeln noch klare *Ziele* gibt. Es ist weniger die Frage, ob Staaten untereinander in Konkurrenz um die besten Bedingungen für das flüchtige Kapital treten oder ihre klassischen demokratischen Aufgaben unter neuen technologischen und ökonomischen Bedingungen inter-

national erweitern müssen. Der Punkt ist, daß Akkumulation und Legitimation strukturell auseinanderfallen und neu zusammengesetzt werden müssen. Lediglich Staaten und Gesellschaften an der Weltspitze mit relativ homogener Bevölkerung und relativer Begrenzung der Einkommens- und Vermögensungleichheit konnten eine Weile an die Fortsetzung des alten Spiels glauben.

Machtchancen erwachsen für kollektive Akteure im Globalisierungsprozeß nur dann, wenn sie die auf der Ebene des nationalen Verfassungs- und Sozialstaates erworbenen Machtpotentiale - solange es noch geht - dafür nutzen, die integralen Themen der Globalisierungsgestaltung zu besetzen und die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus der unausweichlichen Differenzierung der Globalisierung ergeben, wahrzunehmen, europäisch, regional und lokal. Dazu gehört, weder den Mythos des unwiderstehlichen homogenen Prozesses Globalisierung zu akzeptieren noch verbissen an der alten Welt der Internationalisierung festzuhalten. In begrenzter Zeit müssen die Legitimation des Handelns gegenüber den Mitgliedern und Klienten auf Globalisierungserfahrung und auf einen ihr angemessenen Gestaltungswillen umgestellt werden. Daß das natürlich leichter gesagt ist, ändert nichts an der Richtigkeit dieses Arguments.

#### Typisierung und Kontextorganisation

Selbstverständlich gab es in der Periode der Internationalisierung immer eine Fülle von Konflikten und Machtverschiebungen zwischen Staat und Gesellschaft, aber gerade dadurch bildeten sich typische industriegesellschaftliche historische Kompromisse, die auch durch Austausch und Verkehr zwischen den Gesellschaften ihre sozialökonomische Unverwechselbarkeit nicht verloren haben. Wenn wir etwa von einem skandinavisch-sozialdemokratisch-liberalen, einem amerikanischen oder einem deutsch-konservativen Modell sprechen (Esping-Andersen), so meinen wir damit durch nationale Wohlfahrtsstaaten hervorgebrachte unterschiedliche Modernisierungspfade, für die Größe und Struktur des öffentlichen sozialen Sektors, Größe und Struktur des privaten Erlebnis- und Dienstleistungssektors, Frauenerwerbstätigkeit, berufliche Alternativen und Aufstiegschancen von Frauen, Volumen, Verfestigung oder zeitliche Begrenzung der relativen Armut - also unterschiedliche Mobilitätsregimes - charakteristisch sind. Diese drei Modelle, ergänzt unter Umständen durch ein viertes eher südeuropäisches Modell, gehen von nationalen wohlfahrtsstaatlichen Kompromissen aus, entwickeln aber eine Typologie, die in gewisser Weise das ganze Alternativenspektrum westlicher kapitalistischer Demokratien beschreibt.

Wenn man der öffentlichen Debatte folgt, erscheint manchmal der Eindruck, daß sich diese Triade auf ein Modell reduziere, nämlich das liberale amerikanische Modell. Diese publizistische Überschätzung hat zwei Ursachen: Auf der einen Seite haben die Vereinigten Staaten tatsächlich früher mit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Nutzung der informations-

technologischen Revolution begonnen; auf der anderen Seite rächt sich jetzt die hochmütige Abkanzelung des amerikanischen Beschäftigungssystems. In der Sache aber ist nicht zu erwarten, daß auf die Abschwächung heterogener industriell-wohlfahrtsstaatlicher Typen nichts als homogene Ordnung folgt. Die wohlfahrtsstaatlichen Modelle werden nach unten und oben gleichermaßen differenziert. Nach oben hin könnten mehrere europäische Modelle - nicht nur eines - entstehen, die mit amerikanischen und asiatischen konkurrieren, nach unten hin regionale und städtische Gesellschaftsverträge. Städte, Gemeinden und Regionen sind nicht nur Standortwettbewerber, die sich um ein und dasselbe Kapital bemühen, dem alle Optionen offenstehen, sondern sie haben selbst Angebotsmacht, wenn man sie dafür ausstattet. Europäische Modelle sind nicht schlicht dazu verurteilt, mit amerikanischen und asiatischen Konkurrenten ein und demselben Ziel nachzujagen, sondern können eigene Angebotsprofile entwickeln. Gerade die Verknüpfung industriegesellschaftlicher mit informationsgesellschaftlichen Strukturen wird kulturell und regional differenzierte Antworten finden, die erfolgreich konkurrieren und nebeneinander bestehen können.

Der Unterschied zwischen sozialer Interessenvertretung und politischer Partei, der in der Geschichte und Organisationsentwicklung eine so große Rolle gespielt hat, verringert sich dabei immer mehr. Alle müssen die Kontexte organisieren lernen, in denen ihre Politik erst Bedeutung und Stellenwert gewinnt. Unter den Stichworten Europäisierung und Regionalisierung verbirgt sich so nicht nur ein sozialräumlicher Prozeß, sondern auch die langsame Umformung der typischen industriegesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen sozialen Kompromisse. Man kann nicht sagen, daß die Gewerkschaften auf diesem Feld übermäßig aufgefallen wären. Kollektive Akteure neigen dazu, den Zwang zur Veränderung zwar zu akzeptieren, aber die bekannten Verfahren auf der höheren Ebene der Europäischen Union wie auf der niedrigeren der Regionen einfach zu wiederholen. Aber der Wandel ist tiefgreifender. Nicht nur der territoriale Rahmen hat sich geändert, sondern das Handeln der Organisationen selbst muß von der Praxis typisierter sozialer Kompromisse in der flexibleren aktiven Kontextorganisation transformiert werden. Wenn wir einen Schritt weitergehen, können wir sogar von verfassungsbildenden Prozessen sprechen. Europäische Verfassung, klarere Trennung der Entscheidungs- und Verantwortungsebenen und stärkere Regionalisierung und Lokalisierung der „sozialen Selbstregierung“ sind in einem elementaren Sinne verfassungsbildende Prozesse. Es entstehen neuartige soziale und politische Gebilde, für die auch neue Gesellschaftsverträge ausgehandelt werden müssen. Diese Prozesse sind selbstverständlich mit Machtchancen verbunden, jedenfalls für diejenigen Akteure, die erfolgreich die neuen Kontexte mitdefinieren. Man verpaßt Machtchancen, wenn man über der Beschäftigung mit dem Umbruch des Sozialstaates den Strukturwandel von der Typik der Industriegesellschaft zu dem Kontext der Informationsgesellschaft vernachlässigt.

### Zentralisierung und Regionalisierung

Das Aufschnüren der alten national- und industriegesellschaftlichen Pakete scheint zunächst zu einem natürlichen Bedeutungszuwachs der Städte und Regionen auf der einen, der großregionalen und transnationalen Institutionen auf der anderen Seite zu führen. Aber diese sind darauf nicht eingerichtet. Machtchancen erwachsen tatsächlich nämlich nur für diejenigen Akteure, die in der Lage sind, rationale, dauerhafte und legitimationsfähige *Beziehungen* zwischen den verschiedenen räumlichen Niveaus herzustellen. Es reicht nicht aus, Regionalist und Europäer zu sein, sondern man muß mit Kompetenz und Überzeugung demonstrieren können, wie Währungsunion, staatliche Modernisierungspolitik und Regionalisierung sich wechselseitig verstärken und befruchten können. Ein europäischer Regionalismus kann weder an ältere Separatismen anknüpfen und glauben, mißlungene Unabhängigkeitsprozesse europäisch nachholen zu können, noch werden die europäischen Struktur- und regionalen Ausgleichsfonds nach dem gleichen Muster wie die nationalen gestrickt sein können. Ob kollektive Akteure überhaupt noch in der Lage sind, den Märkten auf deren Niveau politisch zu begegnen, hängt nicht zuletzt davon ab, wie rational und überzeugend sie den Wechsel zwischen verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Räumen organisieren. Die Stichworte Modernisierung des Staates, Wiedererfinden der Regierung, durchschaubare Mehr-Ebenen-Politik, Neudefinition des europäischen Regionalismus gegenüber einem abstrakten mächtigen Globalismus, Vitalisierung der Städte durch Finanzreform und lokale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, beleuchten das Spektrum der anstehenden Fragen.

Wer die Differenzierung und Integration des sozialen Raumes organisiert, gewinnt politische Macht. Dabei gibt es durchaus strategische Alternativen: Es mögen überall polyzentrische Stadtlandschaften und urbane Regionen entstehen, die sich an bestimmten Entwicklungsachsen konzentrieren, durch die flexiblere Produktion möglich und Technologie sehr schnell verlagerbar und rekonstruierbar werden. Dennoch aber muß man auf einem Kontinuum zwischen um Global Cities gebauten, sehr stark vom finanziellen Sektor dominierten, von globalen Informations- und Kulturindustrien geprägten Modellen - gewiß in hohem Maße in den Vereinigten Staaten vorfabriziert - und dezentraleren, breite Industriespektren einschließenden, mit entsprechend differenzierten Finanzmärkten und ausgeprägten kulturellen und sozialen Dienstleistungen arbeitenden Modellen unterscheiden. Wer denn sonst als kollektive Akteure können und müssen diese Widersprüche herausarbeiten, die Alternativen vervielfältigen, Mitgliedschaft und Publikum vor die Wahl stellen und der eigenen Klientel dabei schmerzhaft Wahrheiten in deren eigenem Interesse präsentieren?

In vieler Hinsicht war das Bündnis für Arbeit ein - zu zaghafter, inkonsequenter und medientechnisch nicht zu Ende gedachter - Versuch, der in der politischen Formatierung der Öffentlichkeit einen gewissen Erfolg zu verbuchen hatte. Die Differenzierung des Raumes setzt soziale Kompetenzen

voraus, die eine Verbindung zwischen lokaler, regionaler und transnationaler Politik deutlich machen. Es ist viel Staat zu machen mit einer solchen Politik, aber es ist der Staat, der von den Städten und Gemeinden bis zur europäischen Kommunikations- und Infrastrukturpolitik reicht. Macht gewinnt, um es noch einmal zu wiederholen, wer auf den verschiedenen räumlichen Niveaus sichtbar und entscheidend an der Formulierung der Kontexte mitwirkt, in ihnen dann seine Interessen wahrnimmt und schließlich dem Publikum die Interdependenz der verschiedenen räumlichen Kontexte erklären kann.

#### Milieus und Lebensstile

Globalisierung ist nicht nur mit der Entwicklung, Konkurrenz und Verflechtung polyzentrischer Stadtlandschaften, Differenzierung und Mobilität verbunden, sondern im Gegenzug auch mit Konzentration und Verhärtung immobiler Produktions-, Dienstleistungs- und Lebensformen. Immobil sind ganz unterschiedliche Gruppen, von älteren Mittelschichten mit nur lokal erbringbaren Dienstleistungen bis zu mittleren Unternehmen, von Erziehungs- und Altersarrangements bis zu Nachbarschafts-, Freizeit- und Freundschäftsnetzwerken. Umfang, Struktur, Qualifikations- und Aufstiegsprofil der Frauenerwerbstätigkeit stehen deshalb - neben technisch-ökonomischer Struktur, Sozialsektor und Raumordnung - im Zentrum von Mobilitätsregimes, weil sie an der Schnittstelle von Mobilität und Immobilität, Differenzierung und Integration, Partizipation und Erlebnisgesellschaft situiert ist. Diese Stellung ist zunächst ziemlich unbequem: Obwohl die Themen und Problemdefinitionen der mittlerweile alten neuen sozialen Bewegungen pragmatischer, machtbewußter und zielorientierter wahrgenommen werden, hat ihre politische Bedeutung abgenommen - Feminismus ist megaout, wie die TAZ geschrieben hat. Der Grund liegt wohl darin, daß die Verteilung der Städte, nach oben und unten, global oder lokal orientiert, Klientel und Mitglieder besonders stark auseinanderreißt. Zwischen Emigrantinnen und Frauen der eingessenen Mittelschicht, lokalen Arbeiterinnen und Karrierefrauen der globalisierten Oberschicht gibt es nicht so viel zu bewegen. Aber die Sache ließe sich im Prinzip auch umdrehen: Je mehr jemand an einer Schnittstelle lokalisiert ist, desto eher kann er im Prinzip aus der Macht vielfältiger Allianzen schöpfen, Kompromisse zwischen Mobilität und Immobilität, Zentrum und Peripherie formulieren, die Gesellschaft erst ermöglichen. Machtchancen sind vorhanden, aber es sieht nicht so aus, daß die Sinne der politischen Konzentration zugleich mit dem wachsenden Pragmatismus und dem spezifischen Machtbewußtsein ebenfalls zugenommen hätten.

Kollektive Akteure, die sich bisher auf die differenzierende und integrierende, mobile und immobile, partizipatorische und direkte vitale Kraft der Milieus — die niemals die kompakten Klassenmilieus gewesen sind - verlassen konnten und wollten, müssen sich als Individuen zu verstehen lernen. In einem trivialen Sinn ist heute alles individualisiert, von der Armut bis zum Reichtum, von der Karriere bis zur Lebensplanung, von der Angst bis zum

Glück. Damit geht aber notwendigerweise auch ein steigendes soziales, kulturelles und politisches Kostenbewußtsein einher. Engagement und Begeisterung, Gemeinsinn und Aktivität werden zwar kühl nach Opportunitätskosten bewertet, zugleich aber auch in ihrer Knappheit und ihrem Nutzen klarer als früher identifiziert. Kollektive Akteure können Dilemmasituationen überwinden, in denen die einzelnen sich ganz gern engagieren würden, aber Angst haben, gegenüber Trittbrettfahrern in Rückstand zu geraten. Non-government-Organisationen und Non-profit-Organisationen in den angeblich kalten liberalen Gesellschaften der USA und Großbritanniens weisen auf ein auch hierzulande wachsendes Potential hin. Organisations- und Medienformen, die diesen dritten Sektor stärken, sind zugleich Ressourcen kollektiver Machtbildung. Auch wer den Milieus der industriellen Sozialstruktur noch sehr viel mehr zutraut als ihre individualistischen Kritiker, wird erkennen müssen, daß die mittel- und langfristigen Machtchancen eher in der Vermittlung von Organisationen des dritten Sektors liegen, der von Bürgergesellschaft, Individualität und freiwilligem Engagement - der Politik der Lebensstilziele - ausgeht.

Bestimmte ältere Milieus waren deshalb stabil und vital, weil sie neben kulturellen und politischen Interessen auch ökonomische Relevanz - Sicherheit, wechselseitige Hilfe, Hausbau, Bildung und Aufstieg - besaßen. Das Interesse an einem vernünftigen und menschenwürdigen Ausgleich von Mobilität und Immobilität im lokalen Raum, an erfinderischen und Engagement ermöglichenden Non-profit- und Non-government-Organisationen wird komplettiert, wenn breitere Schichten ihre Arbeitskraft als Unternehmer definieren können und die dafür notwendigen Ressourcen erwerben. Breite Vermögensbeteiligung, die im wesentlichen nicht in erhöhten Konsum - höchstens in dessen Qualifikation und Intelligenz - fließen kann, sondern in die Finanzierung globaler Entwicklung, ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern stabilisiert und legitimiert auch Lebensentwürfe mittlerer Schichten in Wohlstandsgesellschaften. Nach welchen Maßstäben welche Dienstleistungsstruktur für demokratische Gesellschaften von Nutzen oder zumindest erträglich sind, ist ebenfalls eine Frage an souveräne Wirtschaftsbürger, die Dienstleistungsqualität nicht daran bemessen, ob man sich überall seine Schuhe putzen lassen kann. Wer die vielfältigen Selbstblockaden, - wie man an der Diskussion um das Ladenschlußgesetz verfolgen konnte - die in diesem Feld vorhanden sind, auflöst und die notwendigen Kompromisse überzeugend darstellen und durchhalten kann, gewinnt Machtchancen. Auch hier fällt die Bilanz für die Gewerkschaften als kollektiver Akteur ziemlich ernüchternd aus. Kurzum, die Herauslösung pluraler Lebensstile aus älteren sozialstrukturellen Milieus läßt zunächst Macht zerfasern, schafft aber danach Chancen für kollektive Akteure, die die Leistung der Milieus in der Welt von Lebensstilen erbringen können.

### Interessenvertreter und Eliten

All diese Fragen sind inzwischen Gegenstand erregter Debatten. Mehr als *eine* Lösung sind möglich, aber darauf kommt es in unserem Zusammenhang auch gar nicht an, sondern darauf, daß kollektive Akteure wie die Gewerkschaften mit einem klaren Preis für den Zugang zu neuen Machtchancen konfrontiert sind: Zumutungen an die Mitgliedschaft, Verstärkung der inneren Differenzen, Abhängigkeit von medientechnischer Durchsetzungskraft nach innen wie nach außen, Bedeutungszuwachs der operativen Spitzen wie der Symbolproduzenten innerhalb der Organisation gegenüber lokalen und regionalen „Honoratioren“ und aktiven Gruppen, steigende Abhängigkeit von der betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie der politischen Konzentrationsfähigkeit der Organisation zur gleichen Zeit. Das Konzept und die Personen der Interessenvertretung sind darauf in der Regel nicht eingerichtet. Kollektive Akteure der Industriegesellschaft wie die Gewerkschaften können sich zunächst nicht anders als über die Emanzipation von klassengesellschaftlichen Bedingungen definieren, die Demokratie als Lebensform überhaupt erst möglich macht. Gilt die demokratische Frage im institutionellen Sinne als gelöst, beginnt das Feld der Interessenvertretung, für die die Waffe des Klassenkampfes nur für den Fall in Reserve gehalten wird, daß die demokratischen Regeln verletzt werden. Damit wird aber das politische Regelbewußtsein insgesamt geschwächt, da für den Normalfall die Geltung der Regeln immer schon unterstellt ist.

Wenn sich mit dem Prozeß der Globalisierung, der Bedeutung von Kontextorganisation, Regionalisierung und Lebensstildifferenzierung der Rahmen ändert, werden aber politisches Regelbewußtsein, Konstruktion neuer Aushandlungsmodi und Beteiligungen an verfassungsbildenden Prozessen auf sub- und transnationaler Ebene ausschlaggebend. Das ist die Stunde demokratischer Eliten. Es geht nicht mehr um die Eliten im Übergang zur hochindustriellen kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem inszenierten aristokratischen Charakter, dem abgegrenzten moralischen Territorium, dem Korpsgeist und der Entscheidungskonzentration. Es geht auch nicht mehr um die funktionalen Eliten, die die Professionen und spezialisierten Felder hervorbringen, auch nicht um die Positions- und Machteliten aus Wirtschaft, Militär und Verwaltung. Leistungseliten sind in demokratischen Gesellschaften eine historisch vergleichsweise breite Schicht von Individuen, gewachsen in öffentlich wirksamen Professionen und Assoziationen, definiert durch die Risiken, die sie in ihren Organisationen und Professionen einzugehen bereit sind, um deren Interessen mit übergreifenden Lösungen und Gemeinwohldefinitionen zu vermitteln. Sie sind politische Unternehmer, die ihr Organisationskapital auch verlieren können. Aber für die Zumutungen und Risiken, wie sie zuvor beschrieben worden sind, bedarf es dieser Individuen und Gruppen, die mit der eigenen Wahl und deren Repräsentation durch die eigene Person breitere Schichten zum Wählen und zum Tragen der Konsequenzen des Wählern bewegen, anderen Akteuren ihre Bedingungen

aufnötigen und eine Kultur des Wählens inaugurieren. Dieses Bild der Elite geht zum Ursprung dieses Begriffes am Beginn der Moderne zurück. Wir müssen deshalb von Elite und nicht einfach von Führungs- und Organisationsfähigkeit sprechen, weil es bei diesen Zumutungen, die neue Machtchancen versprechen, um außerordentliche Integrations- und Repräsentationsleistungen unter massiven Konflikt- und Risikobedingungen geht. Die Stunde der demokratischen Eliten in den Organisationen und Institutionen wird auch wieder vergehen, eine Durchsetzung Europas als politischer Form kann - hoffentlich - auch einen massendemokratischen Aufschwung nach sich ziehen, aber gefährlich wäre es, beides nicht auseinanderzuhalten. Ein zugleich aggressiver und ängstlicher Populismus und ein Medienbonapartismus ohne charismatische Personen warten bereits um die Ecke.

Im Umgang mit dem Prozeß der Globalisierung gilt es, drei Dinge zu lernen: Globalisierung ist nicht allein der mächtige homogenisierende Prozeß, der alle Differenzierungen niederreißt, sondern er schafft auch neue Differenzierung und Heterogenität. Ältere Machtquellen für kollektive Akteure fließen in der Tat weniger, aber mit der Organisation lokaler, regionaler und europäischer Kontexte entstehen neue. Während der Durchsetzungsphase wächst die Bedeutung demokratischer Eliten, weil eine Reihe komplexer, folgenreicher und riskanter Wahlprozesse zu Alternativen verdichtet werden müssen, die Entscheidung, Akzeptanz und Inszenierung erst möglich machen.